

## Wir sind eine AG

Von Christian Esch

### **Ein zunehmend harter und unerbittlich geführter Wettbewerb in Europa endete 1918 nicht nur in einer Insolvenz des Unternehmens, sondern auch in einer**

Ein zunehmend harter und unerbittlich geführter Wettbewerb in Europa endete 1918 nicht nur in einer Insolvenz des Unternehmens, sondern auch in einer erheblichen Verkleinerung seines Marktgebietes. Es kam 1933 zu einem von den Aktionären geduldeten Management-Buyout. Das kriminelle Geschäftsgebaren des neuen Managements trieb das Unternehmen 1945 in den Konkurs." Ja, man muss es deutlich sagen: Der Dienstleister Deutschland AG hat phasenweise ziemlich am Markt vorbei gedienstleistet. Und wer könnte ihn auf den Pfad der Effizienz und Profitabilität führen, wenn nicht Männer aus der Wirtschaft - solche wie der Unternehmensberater Peer Ederer und der Deutsche-Bank-Mitarbeiter Philipp Schuller, die ihren "Geschäftsbericht Deutschland AG" mit diesem launigen Überblick über die Unternehmensgeschichte zieren. Dass das ökonomische Paradigma aufs Politische übergreift, gilt schon länger, die Formel von der "Deutschland AG", die ja nicht von Ederer und Schuller stammt, bezeugt es. Man weiß nicht, wem man mehr Schuld daran geben soll - der Wirtschaft, die diese Weltsicht propagiert, oder der Politik, die sich leichtfertig der ökonomischen Rhetorik geöffnet hat. Beide spielen hier wieder beispielhaft zusammen: Wirtschaftsminister Werner Müller eröffnet den "Geschäftsbericht" mit einem "Brief an die Aktionäre", am Ende politisiert Unternehmensberater Roland Berger. Aber auch wenn Ederer und Schuller Teil einer Modewelle sind - man sollte ihnen zumindest das zugute halten, was an der ökonomischen Metapher der Deutschland AG produktiv sein könnte. In acht "Geschäftsfelder" haben die Autoren den Staatshaushalt (Bund, Länder, Gemeinden zusammengenommen) portioniert und jedes Zahlenhäufchen durch den Ziffernwolf der Consulting-Maschinerie gedreht, bis handliche Diagramme herauskamen. Das funktioniert am besten dort, wo der Staat auch das meiste Geld ausgibt: im Sozialhaushalt. Dort geht es nicht um schwer zu beziffernde "Produkte", sondern vor allem um das Hin- und Herschieben von Geld zwischen einzelnen Personen, ähnlich wie in privaten Versicherungssystemen. Jeder gibt und nimmt zugleich, und saldiert man alle Zahlungsströme, dann kommt zum Beispiel heraus, dass der Staat in einen heute 23-Jährigen 280 000 Mark investiert hat (Schulleistungen eingerechnet); dass erst ab diesem Alter die Einnahmen aus Steuern und Versicherungsbeiträgen die Ausgaben des Staates übersteigen; dass deswegen erst der 36-Jährige für den deutschen Staat per saldo nichts mehr gekostet hat; dass der 55-Jährige sogar ein Nettoguthaben von gut einer halben Million Mark aufgebaut hat; und dass dieses Guthaben mit Renten und Gesundheitsleistungen verzehrt wird, bis der 72-Jährige den Staat wieder ins Minus bringt. Auch für die Bildungspolitik können Ederer und Schuller mit simplen Kosten-Nutzen-Analysen aufwarten. So sei die Entscheidung eines Abiturienten, Betriebswirtschaft zu studieren, rund eine halbe Million Mark wert - denn so viel werde er über sein ganzes Arbeitsleben zusätzlich zum Bruttosozialprodukt beitragen. Natürlich muss dieser Ertrag einer Bildungsinvestition aufgeteilt werden in den persönlichen Einkommenszuwachs des BWL-Absolventen und den Vorteil, den der Staat davon über höhere Steuereinnahmen erwarten kann. Ederer und Schuller errechnen so für jeden Studiengang die private und die fiskalische Rendite einer Bildungsinvestition. Am höchsten liegt sie, wen wundert, für Juristen (6,1 Prozent für den Staat, 11,8 Prozent für den Juristen selbst); Informatiker dagegen haben, obwohl sie derzeit so gesucht sind, relativ niedrige Gehälter und erwirtschaften eine erschreckend niedrige Rendite (wenn das kein Marktversagen ist!); und "Sprach- und Kulturwissenschaften rechnen sich nicht", wie die Autoren, unter ihnen ein Historiker, knapp feststellen. Das ist alles schön und gut - nur, was folgt daraus? Spätestens da entscheidet sich, ob wir den Staat als gewinnorientiertes Unternehmen betrachten oder nicht - und Ederer und Schuller tun es offensichtlich

nicht, aller Rhetorik zum Trotz. Sie schlagen zwar vor, Studiengebühren einzuführen - aber nicht so, dass der Staat für jeden Studiengang eine angemessene Rendite erwirtschaftet (dann müsste er für das Jurastudium gar keine, für das Geschichtsstudium prohibitiv hohe Gebühren verlangen), sondern so, dass fiskalische und private Rendite gleich hoch sind - egal wie hoch das im Einzelfall sein wird. Warum aber sollte man ausgerechnet dieses Kriterium wählen? Doch offensichtlich nur, weil es einem möglichen Konzept von gesellschaftlicher Gerechtigkeit entspricht: Staat und Einzelner beteiligen sich gleichermaßen an Kosten und Nutzen der Bildung. Ähnlich wird argumentiert, wo es um den Sozialhaushalt geht: Die Offenlegung von Ein- und Auszahlungen einzelner Generationen in das Rentensystem kann uns dazu verhelfen, die Lasten zwischen den Generationen besser zu verteilen. Auch das ist kein marktwirtschaftliches, sondern ein staatsbürgerliches Ziel. Der Röntgenblick des Unternehmensberaters, der hinter der Kameralistik der öffentlichen Haushalte die wahren ökonomischen Zusammenhänge der kaufmännischen Buchführung freilegt, könnte so zur Voraussetzung werden, gesellschaftliche Missstände aufzudecken; die Metapher von der "Deutschland AG" wäre bloß eine Erkenntnismethode, die uns zur Ausübung der Demokratie befähigt. Könnte, wäre - man begibt sich leider nicht ungestraft in die Rolle des Unternehmensberaters, die Verfasser beweisen es. Denn auf gewisse Felder lässt sich die ökonomische Methode nur um den Preis anwenden, dass alles wegdefiniert wird, was Politik erst ausmacht. Nicht alle Kosten und Erträge lassen sich beziffern, und nicht alle Einnahmen und Ausgaben des Staates lassen sich einander zuordnen. Eben das macht, ökonomisch betrachtet, die Besonderheit des Staates aus; sonst könnte man seine Funktionen genauso gut privaten Unternehmen oder Stiftungen übertragen. Das "Geschäftsfeld Infrastruktur" sei die "Cash Cow" der Deutschland AG, schreiben die Autoren etwa, weil sie die Mineralölsteuer als Einnahme aus der Bereitstellung von Straßen betrachten. Deswegen solle das Autobahnnetz ausgeweitet werden. Das überzeugt den ADAC-Anhänger und beleidigt die Rationalität des Staatsbürgers, der zwischen Steuern und Gebühren zu trennen weiß und vielleicht sogar den Sinn einer Ökosteuern erkennen kann. Gänzlich lächerlich wird der Vergleich, wo es um die Einflussnahme dieses Staatsbürgers selbst geht, in dem Ederer und Schuller ja einen Aktionär sehen - mit dem geringfügigen Unterschied, dass jeder Bürger nur eine Stimme besitzt. Genau dadurch aber hebt sich die Demokratie von der Marktwirtschaft ab: hier gilt das "one man, one vote", dort das "one dollar, one vote". Wer das missachtet, der muss im Aufstieg des Prinzips des "Shareholder Value" (das ja das Management stärker an die Vorgaben der Aktionäre bindet) geradezu eine Demokratisierung der Wirtschaft sehen. "Immer das angeblich Udenkbare doch denken! Das mag nicht immer richtig sein, aber weiter führt es allemal" - mit diesem Zitat von Roman Herzog wirbt der Verlag für dieses Buch. Wohl bekomm s. Peer Ederer, Philipp Schuller: Geschäftsbericht Deutschland AG. Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart 1999. 264 S., 49,80 Mark. Peer Ederer, Philipp Schuller: Geschäftsbericht Deutschland AG. Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart 1999. 264 S., 49,80 Bürger von Gotham-Stadt! Es spricht der Vorstandsvorsitzende der Deutschland AG, Gerhard Schröder.

Artikel URL: <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/peer-ederer-und-philipp-schuller-betrachten-den-staat-als-unternehmen-wir-sind-eine-ag,10810590,9810744.html>

Copyright © 2012 Berliner Zeitung